

**Medienkonferenz zur Präsentation der Studie:
Ökologische Steuerreform in der Schweiz**
Montag, 10. Dezember 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Schlussfolgerungen für die Schweizer Industrie

Zur Präsentation des Expertenberichts von Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Rudolf Hug, VR-Präsident HT-Holding, Mitglied des Vorstandsausschusses Swissmem,
Präsident der economiessuisse-Kommission für Energie und Umwelt

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist wichtig, in Fragen wie dem Klimaschutz über den Tellerrand helvetischer Diskussionen hinauszuschauen. Ganz besonders wichtig ist dies bei den uns bevorstehenden politischen Entscheiden über Massnahmen, die nicht nur jahrelang, sondern jahrzehntelang ihre Wirkungen auf unsere Wirtschaft haben werden. Daher ist grosse Sorgfalt und, wo nötig, auch ein Überdenken bisheriger Positionen angebracht. Ich bin daher für die klaren und eindeutigen Ausführungen von Herrn Prof. Straubhaar dankbar. Und ich bin auch froh, dass wir die Einschätzung eines international anerkannten Ökonomieprofessors erhalten haben, der uns die internationale Sicht – insbesondere bezüglich der deutschen Ökosteuerreform – näherbringen kann.

Ich spreche hier als KMU-Unternehmer und Vertreter der Industrie zu Ihnen. Die Industrie nimmt den Klimaschutz als Herausforderung, aber auch als Chance wahr. Als Chance deshalb, weil sie auf nationaler und internationaler Ebene mit Innovation und Technologie zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen kann. Die Zahl der Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind und dies auch in Zukunft erfolgreich sein können, ist gross. Wir müssen Sorge tragen, dass dies auch weiterhin so bleibt. Die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer MEM-Industrie und der Wirtschaft insgesamt darf nicht wegen einer Sonderlösung Schweiz gefährdet werden. Genau dies würde geschehen, wenn wie nach dem Willen des federführenden Departements eine hohe, umfassende Lenkungsabgabe auf Treibhausgasen eingeführt würde. Herr Prof. Straubhaar hat mit seiner Studie gezeigt, dass es hierzu wesentlich wirtschaftsverträglichere und deshalb sinnvollere Alternativen gibt.

Mit grosser Sorge habe ich den Klimabericht des UVEK gelesen, einerseits wegen der drohenden Auswirkungen des Klimawandels, andererseits wegen der Auswirkungen der geplanten Lenkungsabgabe. Gemäss den Einschätzungen des Bundes wäre nämlich die Maschinenindustrie von der Lenkungsabgabe „deutlich negativ betroffen“. Weiter heisst es im Klimabericht vom 16. August 2007: „Eine gewisse Verlagerung von der Industrie hin zu Dienstleistungsfirmen kann erwartet werden.“ (Vgl.

Klimabericht BAFU, Seite 74, 16. August 2007). Diese Aussage ist für mich aus zwei Gründen nicht akzeptabel. Erstens stört mich die Haltung, rentable und international konkurrenzfähige Unternehmen bewusst und absichtlich zu schwächen. Hinter den Unternehmen stehen Menschen und Arbeitsplätze und damit Einkommen und Wohlstand. Zweitens erachte ich es als äusserst kurzsichtig, gerade jene Branche mit staatlichen Eingriffen zu schwächen, die als Problemlöser im Kampf gegen den Klimawandel gelten kann. Die notwendigen Innovationen und Technologien können nur von einer starken und gesunden Industrie erbracht werden!

Meines Erachtens sind die vom UVEK geäusserten Erwartungen bezüglich der positiven Wirkungen einer einseitig auf Beschränkung ausgerichteten Klimapolitik unrealistisch. Argumente wie „first mover advantage“, „Klimapolitik als Wirtschaftspolitik“ treffen nicht zu, weil unsere Industrie schon längst mit im globalen Markt für Klimaschutz tätig ist. Wir können die anstehenden Probleme nicht mit einschneidendem Verzicht, sondern nur über Verhaltensänderung, insbesondere mit Hilfe von neuen Technologien bewältigen. Wir müssen daher Sorge zum Werkplatz Schweiz tragen. Nur so werden wir weiterhin über die fachliche Kompetenz für anspruchsvolle Lösungen im Klimaschutz verfügen.

Wie Sie den Ausführungen von Prof. Straubhaar entnehmen konnten, gibt es Ansätze, die einer Lenkungsabgabe bzw. einer ökologischen Steuerreform klar überlegen sind. Die Schweiz darf sich nicht auf eine schmerzhaft Sonderlösung einlassen, deren ökologischer Zielbeitrag zudem ungewiss wäre. Wir müssen die Schweiz klimapolitisch weiter öffnen. Wir müssen uns rasch an die internationalen Handelssysteme für Emissionszertifikate, beispielsweise der EU, anschliessen. Und nicht zuletzt müssen wir uns stärker mittels Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren, um die dort in den kommenden Jahrzehnten rasch ansteigenden Treibhausgasemissionen zu vermindern.